Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Mobilität und Planung am Freitag, dem 19.06.2026, bei der Abfallwirtschaftsgesellschaft des Kreises Warendorf mbH Westring 10 59320 Ennigerloh

Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 12:15 Uhr

			Seite
.	**I. Öffentlicher Teil**		
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner		**5**
2.	Bericht der Verwaltung		**6**
3.	MVA Hamm Verbund - Änderung Verträge	**070/2026**	**7**
4.	Weiterentwicklung der Strukturen des NWL (Trägerwechsel und Satzungsänderung)	**091/2026**	**8**
5.	Weiterentwicklung der Strukturen des Zweckverbandes Mobilität Münsterland (ZVM) einschließlich Satzungsänderung	**090/2026**	**11**
6.	Aufhebung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Wahrnehmung von Aufgaben des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in den Kreisen Coesfeld und Warendorf	**086/2026**	**12**
7.	Tarifmaßnahme zum 01.04.2027 im Westfalen-Tarif	**087/2026**	**13**
8.	Förderantrag zum MobiTicket 2027	**092/2026**	**15**

9.	Integriertes Klimaanpassungskonzept für den Kreis Warendorf	**065/2026**	**16**
10.	Machbarkeitsstudie Radverbindung F35+ Münster-Hamm	**099/2026**	**18**
11.	Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Freigabe von ausgewiesenen Radwegen zur Nutzung durch S-Pedelecs	**100/2026**	**19**
12.	Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Aufnahme des TOPs "Igel- und Wildschutz" sowie Einladung von Expertinnen	**101/2026**	**21**

Anwesend:

Ausschussmitglieder	
Anlauf, Andreas	
Austrup, Norbert	
Budde, Heinrich	
Dinter, Dennis	Vertretung für Herrn Dr. Blex
Flöthmann, Andrea	
Grap, Valeska	
Große Vogelsang, Anja	Vertretung für Herrn Marx
Gutsche, Guido	
Heringloh-Poll, Norbert	
Keitlinghaus, Ulrike Christine, Dr.	
Kreft, Peter	
Lepper, Martin	
Lindstedt, Alexandra	
Ommen, Detlef	
Rosenbaum, Ulf	
Schlösser, Ulrich	
Tentrup-Beckstedde, Christoph	
Tomsa, Britta	
Vöcking, Knud	
von der Verwaltung	
Dirks, Bettina	
Dombrowski, Chiara	
Hackelbusch, André	
Hoffmeister, Neele	
Kalthoff, Manuela	
Neuhaus, Carolin	
Ottmann, Michael	
Terwey, Martin	
Wienstroer, Lukas	
Gäste	
Auffermann, Christiane	
Dr. Bleicher, Herbert	

Der Ausschussvorsitzende eröffnet um 9.00 Uhr die Sitzung. Herr Gutsche begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Ladung fest. Er bedankt sich bei Herrn Dr. Bleicher, dass der Ausschuss in den Räumlichkeiten der AWG tagen darf. Zu Beginn der Sitzung wird ein Foto aufgenommen.

I. Öffentlicher Teil

1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	

Hierzu gibt es keine Wortmeldungen.

2.	**Bericht der Verwaltung**	

Schnellbuslinie X100:

Herr Terwey berichtet über den aktuellen Sachstand und weist darauf hin, dass es voraussichtlich in der nächsten Sitzung einen Entscheidungsvorschlag dazu geben wird.

Fahrradbus F1:

Herr Terwey berichtet, dass der Fahrradbus F1 zum Ende des Jahres eingestellt werden soll und zeigt dazu die dem Protokoll beigefügte Folie. Hieraus werden die Gründe für die Einstellung deutlich. Er erklärt, dass die anderen Münsterlandkreise den Betrieb der Fahrradbusse bereits eingestellt hätten. Die Busfahrten als solche bleiben erhalten, da sie kontinuierliche Fahrgastzuwächse verzeichnen; es wird lediglich auf den Einsatz des Fahrradanhängers verzichtet.

Daraufhin erklärt Herr Ommen (SPD), dass sich die zusätzlichen Fahrten an den Sonn- und Feiertagen etabliert hätten und begrüßt es, dass diese als normale Verbindung ohne den Fahrradanhänger erhalten bleiben.

:

3.	MVA Hamm Verbund - Änderung Verträge	070/2026

Dr. Bleicher begrüßt die Ausschussmitglieder in den Räumlichkeiten der AWG und gibt einige organisatorische Hinweise.

Dann erläutert er anhand der beigefügten Präsentation die Gründe für den notwendigen Beschluss, damit auch langfristig die Entsorgungssicherheit für Abfälle im Kreis Warendorf sichergestellt ist.

Auf Nachfrage von Herrn Schlösser (B90/Grüne) erklärt Herr Dr. Bleicher, dass der Festpreis eine objektive Basis darstelle. Zudem erklärt er, dass die Übernahme der Geschäftsanteile von Unna nicht möglich gewesen sei, da diese die Kapazitäten selber benötigen würden.

Herr Gutsche (CDU) bedankt sich bei Herrn Dr. Bleicher und betont, dass es sich bei der jetzigen Lösung um die deutlich günstigere Variante im Vergleich zur ursprünglichen Planung handele.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Warendorf nimmt die Ergebnisse der geführten Verhandlungen zur Weiterentwicklung des MVA Hamm Verbundes zur Kenntnis und beauftragt die Vertreter des Kreises Warendorf in den Gremien der AWG und AWG Kommunal, den in der Begründung zur Gewährleistung der langfristigen Entsorgungssicherheit für Abfälle aus dem Kreis Warendorf dargestellten notwendigen Umsetzungsmaßnahmen sowie allen übrigen zur Gestaltung des MVA Hamm-Verbundes ab 2027 notwendigen Schritten zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 19

4.	**Weiterentwicklung der Strukturen des NWL (Trägerwechsel und Satzungsänderung)**	**091/2026**

Herr Gutsche (CDU) begrüßt Frau Auffermann, die Geschäftsführerin des NWL. Anhand einiger ausgewählter Folien aus der beigefügten Präsentation erklärt sie den aktuellen Stand der Entwicklungen. Sie erklärt, dass das Gesetz zur Strukturreform des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) in NRW am 06.05.2026 als Zehntes Gesetz zur Änderung des ÖPNV-Gesetzes im Landtag verabschiedet wurde. Somit sei jetzt auch offiziell die Grundlage für die Strukturreform geschaffen worden.

Insbesondere bezieht sich Frau Auffermann in ihrem Vortrag auf die Folien 12, 21, 26 und 33.

Frau Auffermann erklärt, dass man in den Kreisen Soest und Herford bereits einstimmig über die Vorlage abgestimmt habe und die Kreise Olpe und Siegen bzgl. der Größe der Verbandsversammlung voraussichtlich nicht zustimmen werden. Der Entwurf sehe eine Größe von 66 Mitgliedern vor. Olpe und Siegen möchten ein Gremium mit 45 Sitzen. Ebenso halten sie daran fest, dass Beschlüsse in der Verbandsversammlung einstimmig gefasst werden sollen. Beschlussfassungen mit 2/3 Mehrheiten lehnen sie ab. In Olpe und Siegen werde Ende Juni und Anfang Juli über die Vorlage abgestimmt. Sollte hier keine Zustimmung erfolgen, werde es zu einem Schlichtungsverfahren kommen oder eine Ersatzvornahme durch die Bezirksregierung geben müssen.

Auf Nachfrage von Frau Tomsa (FDP) erklärt Frau Auffermann, dass die Bezirksregierung in Düsseldorf zuständig sei, da dieses im neuen Gesetz so festgelegt ist.

Bis Dezember 2026 müsse Schiene.NRW gegründet sein, deshalb müsse das Verfahren zeitnah durchgeführt werden.

Herr Gutsche (CDU) bedankt sich bei Frau Auffermann für die Erläuterungen und hebt hervor, dass der Kreis auch weiterhin über die Vertreter in der Verbandsversammlung des NWL Einfluss behalten werde.

Herr Ommen (SPD) bedankt sich ebenfalls bei Frau Auffermann und ergänzt, dass es nicht einfach sei, die vielen verschiedene Partner unter einen Hut zu bekommen. Er wünscht dem NWL bei der gesamten Umstrukturierung viel Erfolg.

Daraufhin betont Herr Gutsche (CDU) noch einmal, dass ein einfaches und gutes System wichtig sei und die Aussicht darauf gut sei. Zudem hält er ein Gremium mit 66 Vertretern für wichtig, da dieses eine gute Grundlage böte, damit auch der Kreis Warendorf gut vertreten sei.

Auch Herr Schlösser (B90/Grüne) schließt sich dem an und unterstützt die Größe der Verbandsversammlung, damit der Einfluss erhalten bleibe.

Im Anschluss lässt Herr Gutsche (CDU) über die Vorlage abstimmen.

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag des Kreises Warendorf beschließt die Satzung des NWL mit dem aus der Anlage 1 ersichtlichen Inhalt.

2. Der Kreistag des Kreises Warendorf beschließt den Eintritt des Kreises Warendorf als Mitglied des NWL zum 01.10.2026 und beauftragt den Landrat, gegenüber dem NWL den Eintritt des Kreises Warendorf zum 01.10.2026 zu erklären.

3. Der Kreistag des Kreises Warendorf weist seine in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Mobilität Münsterland (ZVM) entsandten Vertreter an, dass diese in der Verbandsversammlung des ZVM dem Beschluss der Änderung der Satzung des NWL in der Verbandsversammlung des NWL mit dem aus der Anlage 1 ersichtlichen Inhalt zustimmen.

4. Der Kreistag des Kreises Warendorf weist seine in die Verbandsversammlung des ZVM entsandten Vertreter an, dass diese in der Verbandsversammlung des ZVM dem Ausscheiden des ZVM aus dem NWL zum 01.10.2026 zustimmen.

5. Der Kreistag des Kreises Warendorf weist seine in die Verbandsversammlung des ZVM entsandten Vertreter an, die in die Verbandsversammlung des NWL entsandten Vertreter des ZVM anzuweisen, dass diese in der Verbandsversammlung des NWL dem Beschluss der Änderung der Satzung des NWL mit dem aus der Anlage 1 ersichtlichen Inhalt zustimmen.

6. Der Kreistag des Kreises Warendorf weist seine in die Verbandsversammlung des ZVM entsandten Vertreter an, den Verbandsvorsteher des ZVM zu beauftragen, gegenüber dem NWL das Ausscheiden des ZVM aus dem NWL zum 01.10.2026 zu erklären.

7. Haben die in die Verbandsversammlung des ZVM entsandten Vertreter des Kreises Warendorf die Erklärungen zu 3 bis 6 bereits vor einer Anweisung durch den Kreistag des Kreises Warendorf abgegeben, genehmigt der der Kreistag mit dem vorliegenden Beschluss diese Erklärungen.

8. Der Kreistag des Kreises Warendorf entsendet als Vertreter in die Verbandsversammlung des NWL:

   Für die Verwaltung: Herrn Michael Ottmann (Stellvertreter: Herr Martin Terwey)
   Für die CDU: Herrn Robert Strübbe (Stellvertreter: Herr Norbert Herringloh-Poll)
   Für die SPD: Herrn Franz-Ludwig Blömker (Stellvertreter: Herr Kocker)
   Für die B90/Grüne: Herrn Ulrich Schlösser (Stellvertreter: Herr Ali Bas)

9. Dieser Entsendungsbeschluss wird wirksam mit dem Inkrafttreten der Satzung des NWL mit dem aus der Anlage 1 ersichtlichen Inhalt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 17
Enthaltung 2 (AfD)

5.	**Weiterentwicklung der Strukturen des Zweckverbandes Mobilität Münsterland (ZVM) einschließlich Satzungsänderung**	**090/2026**

Herr Ottmann erläutert die Vorlage und erklärt, dass die Weiterentwicklung der Strukturen des ZVM auch mit der Strukturreform beim NWL im Zusammenhang stehe. Hierzu gehöre auch, dass es ab 2028 keine Finanzierung des ZVM über den NWL mehr geben werde. Die Satzung werde so ausgestaltet, dass jedenfalls der Busbereich des ZVM weitergeführt wird, da er Aufgaben des Kreises als Aufgabenträger übernimmt. Außerdem soll der ZVM als Sprachrohr des Münsterlandes erhalten bleiben. Bestehende übernommene Aufgabenverpflichtungen im Bereich Mobilität müssen teilweise erst einmal weitergeführt werden, auch aufgrund bestehender Verträge. Diese und mögliche weitere Aufgaben müssen zukünftig durch die Kreise und die Stadt Münster selbst finanziert werden.

Frau Tomsa (FDP) erkundigt sich nach den Kosten ab 2028. Daraufhin erklärt Herr Ottmann, dass auch bereits jetzt Kosten im Haushalt des Kreises für den ZVM-Bus veranschlagt seien. Kosten für den Bereich Mobilität würden nun aufgrund wegfallender Finanzierung hinzukommen. Hier werden u.a. die Mietkosten künftig reduziert, da die Mitarbeiter in den Räumlichkeiten des Kreises Coesfelds tätig werden. Insgesamt seien Mitarbeiter bereits jetzt vorbeugend nicht nachbesetzt worden. Eine weitere Reduzierung der zu erwartenden Kosten bleibt abzuwarten und hängt davon ab, wie Aufgaben reduziert oder erhalten bzw. erweitert werden. Die Verbandsmitglieder sind sich aber einig, dass die Kosten so gering wie möglich gehalten werden müssen.

Herr Terwey fügt hinzu, dass der ZVM darauf hinwirke, den Personalbestand herunterzufahren, um weitere zusätzliche Kosten zu reduzieren (s. Vorlage).

Daraufhin fügt Herr Schlösser (B90/Grüne) an, dass Themen des ZVM auch weiter hier im Ausschuss behandelt werden müssten. Herr Ottmann merkt an, dass dieses über die Gremien des ZVM erfolge, da dort Vertreter der Kreises Mitglieder seien.

Herr Ommen (SPD) betont, dass die Finanzierung geklärt sein müsse. Er hält den überregionalen Austausch für sinnvoll und spricht sich für einen Erhalt des ZVM als Koordinationsgremium aus.

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag beschließt die Änderung der Satzung des Zweckverbands Mobilität Münsterland (ZVM), wie aus der Anlage ersichtlich.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Genehmigung der Satzung bei der Bezirksregierung Münster zu beantragen.

3. Etwaigen Änderungen an der Satzung, die sich im Rahmen des Anzeigeverfahrens bei der Bezirksregierung nach § 115 GO NRW ergeben, wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
Ja 17 Nein 2 (AfD)

6.	**Aufhebung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Wahrnehmung von Aufgaben des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in den Kreisen Coesfeld und Warendorf**	**086/2026**

Herr Terwey erläutert die Vorlage und erklärt, dass es sich um Herrn Südmersen vom Kreis Warendorf und Herrn Hilger vom Kreis Coesfeld handele. Der Teil der von Herrn Hilger bisher übernommenen Aufgaben werde jetzt von Frau Hoffmeister, die in der Sitzung zugegen ist, wahrgenommen.

Beschlussvorschlag:

1. Die Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Wahrnehmung von Aufgaben des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in den Kreisen Coesfeld und Warendorf wird zum 31.07.2026 einvernehmlich aufgehoben.

2. Die Aufhebung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung erfolgt unter dem Vorbehalt, dass auch der Kreis Coesfeld (KT am 24.06.2026) den vorgenannten Beschluss fasst.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 19

7.	Tarifmaßnahme zum 01.04.2027 im WestfalenTarif	087/2026

Herr Terwey erläutert die Vorlage.

Herr Vöcking (Die Linken) merkt an, dass es früher Mitnahmetickets gegeben habe und heute Kinder ab sechs Jahren ein eigenes Ticket benötigen würden. Dieses würde nun für manche Familien eine Verdoppelung der Ticketkosten bedeuten.

Herr Terwey erklärt, dass er die Fragestellung an die WT GmbH weitergeben werde und eine Antwort dem Protokoll hinzugefügt werde.

Anmerkung zum Protokoll:

Antwort von Herrn Matthias Hehl, Geschäftsführer der WestfalenTarif GmbH, zur Frage, ob im Rahmen der Tarifstrukturreform weiterhin Möglichkeiten der Übertragung von Tickets und Mitnahmemöglichkeiten bestehen.

Übertragungsmöglichkeiten:

Im Rahmen der Tarifstrukturreform wurde das umfangreiche Ticketsortiment unter die Lupe genommen und neu bewertet. Mit dem Deutschlandticket, das im WestfalenTarif ca. 2/3 der Einnahmen ausmacht, und der eezy-App gibt es neue Angebote, die Anlass bieten, andere weniger nachgefragte Tickets aus dem Sortiment zu nehmen.

Es wird weiterhin ein übertragbares Ticket angeboten: das 30 TageTicket. Das Ticket gilt unabhängig vom Monatsanfang an 30 aufeinanderfolgenden Tagen und wird unpersönlich ausgegeben. Hier wird jedoch die Variante des 30 TageTicket 9 Uhr eingestellt, da dieses Ticket zuletzt nur von wenigen Hundert Fahrgästen genutzt wurde. Ebenfalls übertragbar ist und bleibt das 30 TageTicket Fahrrad.

Bei den Abos wird die bisherige Wahlmöglichkeit zwischen übertragbar und nicht-übertragbar aus Gründen der Einheitlichkeit abgeschafft, sodass künftig alle Abos nicht-übertragbar sind. Bisher konnten Fahrgäste beim Abo und 9 UhrAbo zwischen übertragbar und persönlich wählen. Der Vorteil eines persönlichen Abos: wenn ich das Ticket vergesse, zahle ich nur eine Bearbeitungsgebühr. Wer jedoch ein übertragbares Abo-Ticket vergisst, gilt als „Scharzfahrer", denn es kann ja sein, dass gerade eine andere Person mit dem Ticket unterwegs ist. Das 9 UhrAbo wird ebenfalls eingestellt.

Als günstige Alternative bietet sich die eezy-App an. Dort erfolgt die Anrechnung nach der Luftlinienentfernung und wenn man öfter fährt greifen Preisdeckel. Bei einem Preisdeckel wird bei mehreren Fahrten, die in Summe z. B. den Preis eines TagesTickets überschreiten würden, nur der Preis eines TagesTickets berechnet. Wer häufiger fährt, profitiert dann vom Monats-Preisdeckel: für den Zeitraum eines Monats wird maximal der Preis eines Deutschlandtickets abgebucht (aktuell 63 Euro). Und wenn man mal zu zweit unterwegs ist, kann man in der App auch eine zweite Person dazu buchen. Für Zubuchungen gibt es dann einen separaten Preisdeckel.

Fahrpreise für die jeweiligen Verbindungen sind auf der Internetseite www.westfalenfahrplan.de abrufbar.

Fazit: wer bisher ein übertragbares Abo genutzt hat, kann künftig noch ein übertragbares 30 TageTicket nutzen oder mit der eezy-App fahren.

Mitnahmemöglichkeiten:

Beim zukünftigen 24 StundenTicket gibt es keine Mitnahmemöglichkeit mehr wie beim bisherigen TagesTicket24. Dieser Schritt vereinfacht das Ticketsortiment und schafft mehr Klarheit für die Fahrgäste:

Das Ticket gilt für eine Person für 24 Stunden im gewählten Geltungsbereich. Weitere Kenntnisse zu Tarifbestimmungen sind nicht notwendig. Zudem zahlen die Kunden auch nur die gewählte und keine weiteren, automatisch inkludierten Leistungen. Für Kinder, die nicht bereits durch ihr SchülerTicket versorgt sind, wird alternativ ein 24 StundenTicket Kind neu eingeführt. Dieses hat die gleichen Tarifbestimmungen wie das 24 StundenTicket für Erwachsene und kostet die Hälfte des 24 StundenTickets. Zudem wird ein 24 StundenTicket für die Fahrrad-Mitnahme angeboten. Sowohl die Kinder- als auch die Fahrradmitnahme kann zudem bei eezy.nrw hinzugebucht werden.

Unverändert gibt es 24 Stunden Ticket für 5 Personen. Das ist das klassische Kleingruppenticket.

Bei den Zeitkarten bleiben die heutigen Mitnahmeregelungen unverändert, hier ändert sich durch die Tarifstrukturreform nichts.

Beschlussvorschlag:

Die Vertreterinnen bzw. Vertreter des Kreises Warendorf in den Beschlussgremien des WestfalenTarifes werden beauftragt, einer Preisfortschreibung zum 01.04.2027 in der Höhe von maximal 4,0% zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Ja 18
Nein 1 (FWG)

8.	**Förderantrag zum MobiTicket 2027**	**092/2026**

Herr Terwey erläutert die Vorlage.

Frau Grap (B90/Grüne) merkt an, dass das DTsozial deutlich attraktiver wäre, wenn man den Zuschuss erhöhe.

Herr Terwey erklärt, dass zwei andere Münsterlandkreise höhere Zuschüsse zum DTsozial leisten, nun aber einen deutlichen höheren Eigenanteil aus Kreismitteln dazu leisten müssen. Gerade durch die in diesem Jahr erstmals unter Vorbehalt stehende Auszahlung von Fördermitteln sei das ein finanziell hohes Risiko. Er empfiehlt dem Ausschuss zunächst vorsichtig zu agieren, da die endgültige Förderung nicht abzusehen sei.

Daraufhin fügt Herr Ottmann hinzu, dass die derzeitigen Fördermittel für die Jahre 2026 und 2027 noch auskömmlich seien.

Frau Grap (B90/Grüne) regt an, dass die Verwaltung die weitere Entwicklung beobachten und evtl. einen Änderungsantrag einbringen solle.

Herr Ommen (SPD) ergänzt, dass die Kreise Borken und Steinfurt eine höhere Förderung des Sozialtickets leisten, da sie in der Vergangenheit höhere Förderungen erhalten hätten.

Zum Abschluss hebt Herr Terwey hervor, dass der jährliche Beschluss ein Vorteil sei, um flexibel auf neue Entwicklungen reagieren zu können.

Beschlussvorschlag:

1. Dem Förderantrag für das MobiTicket für das Jahr 2027 wird aufgrund der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Sozialtickets im Öffentlichen Personennahverkehr Nordrhein-Westfalen zugestimmt.
2. Der Kreis der Anspruchsberechtigten bezieht sich im Jahr 2027 wie im Vorjahr auf Bezieherinnen und Bezieher von Sozialleistungen und/oder Wohngeld.
3. Die Verwaltung wird befugt, den Förderantrag für das MobiTicket entsprechend der weiteren Entwicklung in den nächsten Monaten anzupassen, wenn hierdurch keine finanziellen Mehrbelastungen für den Kreishaushalt entstehen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
Ja 17
Nein 2 (AfD)

9.	**Integriertes Klimaanpassungskonzept für den Kreis Warendorf**	**065/2026**

Herr Hackelbusch führt in das Thema ein und erklärt, dass der Kreis Warendorf gemeinsam mit neun kreisangehörigen Kommunen das Klimaanpassungskonzept erarbeite. Dieses geschehe auf Grundlage eines Kooperationsvertrages.

Da die Städte und Gemeinden laut dem Klimaanpassungsgesetz des Landes und der im Entwurf vorliegenden Verordnung hierzu künftig verpflichtet seien, ein Klimaanpassungskonzept zu erarbeiten, seien die teilnehmenden Städte und Gemeinden bereits gut aufgestellt.

Frau Dombrowski und Herr Wienstroer stellen das Konzept anhand der beigefügten Präsentationen vor und nennen einige Beispiele für entsprechende Maßnahmen. Sie erklären, dass für die Umsetzung der Maßnahmen zunächst 30.000 € im Haushalt zur Verfügung stehen. Weitere investive Maßnahmen benötigen einen separaten Beschluss im Kreistag.

Der Ausschussvorsitzende bedankt sich bei Frau Dombrowski und Herrn Wienstroer für die präzise Darstellung.

Herr Rosenbaum (CDU) bedankt sich ebenfalls und geht kurz auf das Thema Nachverdichtung ein. Er betont, dass das Klimaanpassungskonzept ein Grobkonzept für künftige Maßnahmen sei.

Frau Grap (B90/Grüne) bedankt sich ebenfalls und hebt hervor, dass sich Europa schneller als der Rest der Welt erwärme. Sie ist der Meinung, dass es sich um ein sehr strukturiertes Konzept handele und unbedingt was getan werden müsse, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, da ansonsten die Folgekosten immens seien.

Auch Herr Ommen (SPD) bedankt sich für die Vorstellung und betont, dass seine Fraktion dem Konzept zustimmen werde. Er hält es für wichtig, dass alles getan werde, um die Verschlechterung des Klimas aufzuhalten. Zudem erwähnt er, dass Sendenhorst bereits früher ein Klimaanpassungskonzept erarbeitet habe und befürchtet, dass dieses nun den gesetzlichen Anforderungen zum 01.01.2027 gegebenenfalls nicht standhalte.

Herr Wienstroer erklärt daraufhin, dass dieses evtl. angepasst werden müsse.

Herr Vöcking (Linke) betont ebenfalls, dass alles getan werden müsse, um das Klima zu verbessern. Er erklärt, dass auch kleine Maßnahmen spürbar etwas bringen. Er nennt als Beispiel, dass das Mikroklima auf seinem Grundstück, im Vergleich zu anderen, ein anderes wäre, da dort Birken und Buchen stünden.

Auf Nachfrage von Herrn Budde (CDU) erklärt Herr Wienstroer, dass der Hochwasserschutz originäre Aufgabe der Städte und Gemeinden sei. Hier seien insbesondere die Tiefbauämter der Kommunen mit der Untere Wasserbehörde des Kreises im Austausch.

Herr Rosenbaum (CDU) erkundigt sich, ob die Maßnahmenumsetzung auch perso-

nell gesichert sei. Daraufhin erklärt Herr Hackelbusch, dass die Umsetzung zunächst mit dem vorhandenen Personal erfolgen soll.

Herr Ottmann hebt hervor, dass der Austausch auch mit den vier Kommunen, die nicht an diesem Klimaanpassungskonzept teilgenommen haben, über den Klimatisch erfolge und diese nicht außen vor seien.

Herr Wienstroer erläutert auf Nachfrage von Frau Grap (B90/Grüne), dass im Teilkonzept des Kreises zwar die Titel der einzelnen Maßnahmen der Kommunen dargestellt wurden, aber die einzelnen Steckbriefe dazu nicht.

Auf Nachfrage von Frau Grap (B90/Grüne) zum Thema Hochwasserschutz erklärt Herr Hackelbusch, dass es oft ein langwieriges Unterfangen sei, entsprechende Fördergelder zu generieren, um beispielweise ein KI gestütztes Informationsnetzwerk zum Hochwasserschutz zu implementieren.

Herr Gutsche (CDU) ergänzt, dass das manchmal damit zusammenhinge, dass das Land auch wenig Geld zur Verfügung habe.

Zum Abschluss betont Frau Dr. Keitlinghaus (CDU), dass es neben der Pflanzung von neuen Bäumen für sie sehr wichtig sei, den vorhandenen Baumbestand zu erhalten.

Im Anschluss an den Austausch lässt Herr Gutsche über die Vorlage abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Das integrierte Klimaanpassungskonzept (KLAK) für den Kreis Warendorf wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
Ja 17
Nein 2 (AfD)

10.	Machbarkeitsstudie Radverbindung F35+ Münster-Hamm	099/2026

Frau Neuhaus erklärt anhand der beigefügten Präsentation die Machbarkeitsstudie zum F35+ Münster-Hamm.

Herr Budde (CDU) erkundigt sich, ob eine Umwidmung der Wirtschaftswege im Außenbereich erfolgen werde. Daraufhin erklärt Frau Neuhaus, dass die Einrichtung einer Fahrradstraße bedeute, dass der Radverkehr auf diesen Straßen dann Vorrang habe.

Dazu erklärt Herr Terwey, dass man sich mit der Machbarkeitsstudie noch in einem sehr frühen Stadium der Planung befinde und die Frage Fahrradstraße oder Mischverkehr noch im Einzelnen geklärt werden müsse. Im Kreis Steinfurt habe man bereits Fahrradstraßen auf Wirtschaftswegen eingerichtet und dort habe es bisher noch keine Probleme gegeben.

Herr Budde (CDU) merkt an, dass die Reinigung der Fahrbahnen in Spitzenzeiten der Landwirtschaft nicht immer zeitnah funktioniert. Dieses könne zu haftungsrechtlichen Problemen führen.

Herr Ommen (SPD) betont, dass seine Fraktion die Machbarkeitsstudie zur Kenntnis nimmt und dass die Betroffenen mitgenommen werden müssen. Ebenso müssen die Finanzierungsfragen geklärt werden.

Herr Gutsche (CDU) erklärt, dass möglichst ein gleichberechtigter Verkehr zu bevorzugen wäre.

Im Anschluss erklärt Frau Neuhaus, dass auch die Möglichkeit bestehe, Fahrradbuchten als Ausweichmöglichkeiten einzurichten.

Herr Ottmann ergänzt, dass der Zustand eines Wirtschaftsweges durch die Einrichtung als Veloroute deutlich verbessert werden könnte.

Frau Lindstedt (SPD) ist der Meinung, dass das Verständnis größer sein könnte, wenn der Zustand der Straßen in Ordnung sei.

Beschlussvorschlag:

Zur Kenntnis

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

11.	**Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Freigabe von ausgewiesenen Radwegen zur Nutzung durch S-Pedelecs**	**100/2026**

Herr Schlösser (B90/Grüne) erklärt den Antrag seiner Fraktion und bittet den Kreis um Prüfung, welche der im Antrag beschriebenen Radwege zum Befahren mit S-Pedelecs freigegeben werden könnten.

Herr Ottmann erklärt, dass der Antrag zu Spiegelstrich 2 nicht vom Ausschuss beschlossen werden könne, da die Anordnung nach pflichtgemäßem Ermessen durch die Straßenverkehrsbehörde als Geschäft der laufenden Verwaltung erfolge. Dieses Ermessen könne nicht durch einen solchen Beschluss vorweggenommen werden.

Hierauf ergänzt Frau Dirks, Leiterin des Amtes für Öffentliche Sicherheit, Ordnung und Straßenverkehr, dass für eine mögliche Freigabe für S-Pedelecs Standards erfüllt sein müssten. Die Prüfung werde daher einige Zeit in Anspruch nehmen, da die Radwege nicht als Ganzes, sondern einzelne Wegeabschnitte separat geprüft werden müssen.

Herr Vöcking (Linke) merkt an, dass es auch gefährlich sein könnte, wenn die Radwege zeitgleich von Radfahrern genutzt werden, die mit sehr unterschiedlichen Geschwindigkeiten unterwegs seien.

Frau Tomsa (FDP) sieht in der Freigabe ebenfalls eine Gefahr für Kinder und ältere Menschen.

Dazu erklärt Frau Dirks, dass diese Sicherheitsaspekte im Rahmen der Prüfung berücksichtigt werden. Unter anderem sei eine Freigabe für S-Pedelecs grundsätzlich nur bei einer bestimmten Breite des Radwegs möglich.

Frau Grap (B90/Grüne) merkt an, dass zwischen Einen und Warendorf auch bereits ein Teilstück für S-Pedelecs freigegeben worden ist.

Zum Abschluss der Diskussion schlägt Herr Gutsche (CDU) der Fraktion B90/Grüne vor, den 2. Spiegelstrich des Antrages zurückzunehmen, da diese Entscheidung nicht dem Ausschuss obliege.

Daraufhin erklärt Herr Schlösser (B90/Grüne), dass seine Fraktion dem folge und bedankt sich, dass Frau Dirks als Expertin zu dem Thema zugegen sei.

Herr Ottmann erklärt, dass die Ergebnisse der Prüfung durch die Verwaltung im UKMP vorgestellt werden.

Beschlussvorschlag aus dem Antrag:

Um die Sicherheit für S-Pedelec-Fahrende zu erhöhen, wird folgendes beantragt:

- Die Kreisverwaltung wird beauftragt, alle Radwege außerhalb geschlossener Ortschaften in Ihrer Zuständigkeit zu prüfen, ob diese durch das Anbringen ei-

nes Zusatzschildes für die Nutzung durch S-Pedelecs freigegeben werden können.

- Alle so ermittelten Radwege, für die eine Freigabe gefahrlos möglich ist, werden umgehend, durch das Anbringen der entsprechenden Zusatzbeschilderung, zur Nutzung für S-Pedelecs freigegeben.
- Im zuständigen Ausschuss wird jeweils über den Sachstand berichtet.

Die Fraktion B90/Grüne beantragt die Zustimmung zu Ihrem Antrag unter Zurücknahme des Spiegelstrichs 2.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
Ja 16
Nein 2 (AfD)
Enthaltung 1 (FDP)

12.	**Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Aufnahme des TOPs "Igel- und Wildschutz" sowie Einladung von Expertinnen**	**101/2026**

Frau Grap (B90/Grüne) erläutert den Antrag ihrer Fraktion und erklärt, dass das Thema Igelschutz bereits im Städtetag angekommen sei. Sie hebt hervor, dass es sich beim Igel um eine besonders geschützte Art handele und dass oft schon kleine Maßnahmen dazu beitragen den Igelschutz zu verbessern. Sie äußert den Wunsch, dass eine Expertin der Igelhilfe eingeladen werde.

Daraufhin erklärt Herr Ottmann, dass das Thema Versiegelung von Flächen oder die Durchlässigkeit von innerstädtischen Grünanlagen/Gärten eher ein Thema der Städte sei und der Kreis überörtlich bzw. überwiegend im Außenbereich tätig sei. Er schlägt vor, dass die Verwaltung insgesamt über den Artenschutz im Ausschuss berichten könne und die Untere Naturschutzbehörde (UNB) konzeptionell das Thema bearbeite.

Herr Rosenbaum (CDU) fügt hinzu, dass sich seine Fraktion ausführlich mit dem Antrag beschäftigt habe und sie gerne die UNB zum Thema Artenschutz im Ausschuss hören möchte. Daher schlägt er vor, dass auf Punkt 2 im Antrag verzichtet werden solle.

Frau Grap (B90/Grüne) kann dem folgen und findet es erfreulich, dass das Thema Artenschutz auf die Agenda gesetzt wird. Sie nimmt für die Fraktion B90/Grüne den Punkt 2 des Antrages zurück.

Der Ausschussvorsitzende Herr Gutsche (CDU) lässt über den Antrag abstimmen.

Beschlussvorschlag aus dem Antrag

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt daher:

1. Das Thema „Igel- und Wildtierschutz sowie die Förderung der biologischen Durchlässigkeit in unseren Lebensräumen“ auf die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung zu setzen.
2. Für diesen Tagesordnungspunkt die Expertinnen der „Privaten Igelhilfe Beckum“ einzuladen, um den Ausschuss über aktuelle Best-Practice-Beispiele und konkrete Umsetzungsmöglichkeiten zu informieren. Die ehrenamtliche Initiative nimmt im Jahr mehr als 100 verletzte oder erkrankte Tiere aus dem Großraum Beckum auf, versorgt und pflegt sie, um sie dann im Frühjahr gestärkt wieder in die freie Natur zu entlassen.

Die Fraktion B90/Grüne beantragt in der Sitzung die Zustimmung zum Antrag unter Zurücknahme des Punktes 2.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
Ja 17
Nein 2 (AfD)

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt Herr Gutsche um 12.15 Uhr die Sitzung.

Guido Gutsche
Vorsitzender

Michael Ottmann
Dezernent für Bauen, Planung und Umwelt